

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 01.03.2012

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:20 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
Herr Bürgermeister Helling
Herr Bürgermeister Grube

CDU

Herr Nettelstroth Fraktionsvorsitz
Frau Brinkmann, P.
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Hoffmann
Herr Jung
Frau Kammeier
Herr Kleinesdar
Herr Kleinkes
Herr Krumhöfner
Herr Lux
Herr Meichsner ab 17:20 Uhr (TOP 4.1)
Frau Niederfranke
Herr Nolte
Frau Osthus
Herr Röwekamp
Herr Rüther
Herr Strothmann
Herr Prof. Dr. von der Heyden
Herr Weber
Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier Fraktionsvorsitz
Frau Biermann
Frau Brinkmann, D.
Herr Franz
Frau Gorsler
Herr Hamann
Frau Klemme-Linnenbrügger
Herr Kranzmann
Herr Lufen
Herr Nockemann
Herr Plaßmann
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Sternbacher

Herr Suchla
 Herr Dr. Tsapos
 Frau Viehmeister
 Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage	Fraktionsvorsitz
Herr Geil	
Herr Gutknecht	
Frau Hellweg	
Herr Julkowski-Keppler	
Frau Keppler	
Frau Dr. Ober	
Frau Pfaff	
Herr Rees	
Frau Dr. Schulze	
Herr Priv.-Doz. Dr. van Norden	

Die Linke

Frau Schmidt	Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün	
Herr Ocak	
Herr Dr. Schmitz	

FDP

Herr Buschmann	Fraktionsvorsitz
Herr Bolte	
Frau Burkert	
Herr Sander	

BfB

Herr Schulze	Fraktionsvorsitz
Herr Delius	
Herr Grün	

Bürgernähe

Herr Schmelz
 Frau Geilhaar

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Erster Beigeordneter Kähler	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke	Büro des Rates
Frau Grewel	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Schlüter	Presseamt

Nicht anwesend:

Herr Wandersleb	SPD
-----------------	-----

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Herr Schmalen	Mitarbeiter SPD-Fraktion
Herr Dr. Kerbein	Geschäftsführung FDP-Fraktion

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Auf Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Clausen fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Punkt

**TOP 11 Frühkindliche Gesundheitsförderung in KiTas
Drucksache 3395/2009-2014**

wird von der Tagesordnung abgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 02.02.2012

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 02.02.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Anträge

**Zu Punkt 4.1 Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung des Quartiers
W i l h e l m s t r a ß e
(Antrag der Fraktion Die Linke vom 17.02.2012)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3707/2009-2014

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) begründet den folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt spricht sich hinsichtlich der Entwicklung des Wilhelmstraßen-Quartiers für ein offenes und transparentes Verfahren aus und wünscht eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung (z. B. Bürgerforen, Diskussions- u. Informationsveranstaltungen), in der alternative Entwicklungsmöglichkeiten für das Quartier erörtert und vorgestellt werden sollen.

Für seine Fraktion sei es wichtig, bereits bei den Planungen für das Quartier der Wilhelmstraße die Bürgerinnen und Bürger einzubinden, was laut Medienberichten auch von Herrn Beigeordneten Moss gewollt sei. Dabei müsse ergebnisoffen vorgegangen werden, d. h., es dürfe nicht auf der Grundlage der Überlegungen der Firma Management für Immobilien AG (MFI) geplant werden. Der Bürgerwille müsse erforscht werden, um dann verschiedene Varianten öffentlich weiter diskutieren zu können. Der Antrag lege die Form der Bürgerbeteiligung nicht fest; dies müsse vielmehr von dem Problem und der aktuellen Diskussionslage abhängig gemacht werden. Herr Beigeordneter Moss werde gebeten, aufgrund der gemachten Erfahrungen einen Vorschlag zu diesem Problem aus-zuarbeiten.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass der Stadtentwicklungsausschuss die im Antrag angesprochenen Fragen bereits in seiner Sitzung am 21.02.2012 im Zusammenhang mit der Vorlage zum Masterplan für die Innenstadt diskutiert habe. Der Stadtentwicklungsausschuss habe nicht nur der Erarbeitung des Masterplans zugestimmt, sondern auch die Verwaltung beauftragt, zur nächsten Sitzung eine Vorlage zu erstellen, die die Erläuterung zum Masterplan aus der Diskussion des Stadtentwicklungsausschusses zusammenfasse und konkretisiere. Im Rahmen dieser Erörterung könnten auch die im Antrag genannten Punkte diskutiert werden. Deshalb beantrage er, den Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) spricht sich dafür aus, die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden zu lassen, ob z. B. das Gebäude der ehemaligen Stadtbibliothek in der Wilhelmstraße an einen Investor für den Bau einer Shoppingmeile verkauft oder zukünftig für kulturelle oder andere Zwecke von öffentlichem Interesse genutzt werden soll. Studien zeigten, dass die Beteiligten in Bürgerbeteiligungsverfahren im Bereich Stadtplanung und Umweltpolitik hoch motiviert seien und dass durch Bürgerbeteiligung im Durchschnitt etwa 30% weniger Steuern

hinterzogen würden. Bei professioneller Prozesssteuerung und Begleitung könnten die Planungsziele in der Regel ohne signifikanten Zeitverlust erreicht werden. Darüber hinaus könne durch Bürgerbeteiligung die Intensität von Konflikten zwischen Politik und der Bürgerschaft erheblich reduziert werden. Seine Gruppe unterstütze den vorliegenden Antrag.

Beschluss:

Der nachfolgende Antrag der Fraktion Die Linke vom 17.02.2011 wird an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen:

Der Rat der Stadt spricht sich hinsichtlich der Entwicklung des Wilhelmstraßen-Quartiers für ein offenes und transparentes Verfahren aus und wünscht eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung (z. B. Bürgerforen, Diskussions- u. Informationsveranstaltungen), in der alternative Entwicklungsmöglichkeiten für das Quartier erörtert und vorgestellt werden sollen.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Gründung von zwei 100 %-igen Tochtergesellschaften der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH (PAD Security Services GmbH, PAD Airport Services GmbH)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3522/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass die Vorlage im Haupt- und Beteiligungsausschuss mit der Ergänzung einer neuen Ziffer 4 b) mit Mehrheit beschlossen worden sei. Danach solle darauf hingewirkt werden, dass das Tariftreugesetz angewandt werde.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, da die Gründung der Gesellschaften ausschließlich den Zweck hätte, Personalkosten einzusparen. Die Tatsache, dass die Personen in den Tochtergesellschaften nach schlechteren Tarifen bezahlt würden, sehe sie als Tarifflicht an. Zudem würden durch zunehmende Teilzeit- und Fristverträge die prekären Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet, was dazu führe, dass die Betroffenen öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssten. Die Maßnahme selbst sei ökonomisch nicht durchdacht und nicht sinnig.

Frau Geilhaar (Gruppe Bürgernähe) schließt sich der Auffassung von Frau Schmidt an. Der Flughafen Paderborn / Lippstadt habe ein finanzielles Problem, das - um Kosten zu sparen - auf die Arbeitnehmer abgewälzt werde. Durch das Einverständnis für ein solches Vorgehen würde der Arbeitsmarkt nicht verändert. Ihre Gruppe werde der Vorlage daher nicht zustimmen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) wirft seinen Vorrednerinnen „Sozialromantik“ vor und entgegnet, dass angesichts der verschärften Wettbewerbssituation, in der sich der Flughafen Paderborn / Lippstadt befinde, vorgeschlagene Kosteneinsparungen nicht abgelehnt werden dürften. Tarifflicht läge dann vor, wenn Beschäftigungsverhältnisse ohne Tarifvertrag angestrebt würden. Der Haupt- und Beteiligungsausschuss habe aber ausdrücklich in Punkt 4 b) seiner Beschlussempfehlung auf die Anwendung des Tariftreuegesetzes hingewiesen. Im Übrigen hätten auch die moBiel GmbH oder die Klinikum Bielefeld GmbH bei ihren Tochtergesellschaften das Konzept verfolgt, Neueinstellungen unter neuen Bedingungen vorzunehmen. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da es darum gehe, für die Zukunft Kosten zu sparen.

Herrn Hamann (SPD-Fraktion) missfällt es, dass aufgrund der Redebeiträge von Frau Schmidt und Frau Geilhaar der Eindruck erweckt werde, die Mehrheit des Rates stehe nicht für tarifgerechte Zahlungen. Dies sei falsch und dazu gebe es auch keine Beispiele bei der Stadt Bielefeld. Zwar könne die Position vertreten werden, Ausgründung einer Gesellschaft grundsätzlich abzulehnen, damit würden aber sämtliche Arbeitsplätze gefährdet. Der Flughafen Paderborn / Lippstadt müsse sich dem Wettbewerb stellen und insofern Veränderung vornehmen. Die Geschäftsführung habe zugesagt, bei den Ausgründungen den TVÖD anzuwenden.

Frau Geilhaar (Gruppe Bürgernähe) entgegnet, dass wenn ein Unternehmen sich nicht mehr trage, es auf dem Markt nicht existent sei. Es könne nicht sein, dass, um das Unternehmen im Bestand zu sichern, alle Mitarbeiter/-innen nur geringfügige Entlohnungen erhielten. So genannte „Aufstocker“ würden dem Staat sehr viel Geld kosten.

Beschluss:

1. **Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt der Gründung der PAD Airport Services GmbH und der PAD Security Services GmbH als 100%-ige Töchter der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH zu.**
2. **Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt den als Anlage 1a und 1b zur Vorlage beigefügten Entwürfen der Gesellschaftsverträge der PAD Airport Services GmbH und der PAD Security Services GmbH sowie den als Anlage 1c und 1d beigefügten Beherrschungsverträgen zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und den Tochtergesellschaften zu.**
3. **Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt die als Anlage 2 zur Vorlage beigefügte Marktanalyse gem. § 107 Abs. 5 GO zur Kenntnis.**
4. a) **Die von der Stadt Bielefeld bestellten Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Paderborn /**

Lippstadt GmbH der Gründung der PAD Airport Services GmbH und der PAD Security Services GmbH sowie den unter 2. genannten Gesellschafts- und Beherrschungsverträgen zuzustimmen.

- b) Bei den Ausgründungen soll darauf hingewirkt werden, dass das Tariftreuegesetz angewandt wird.

Die Beschlussfassungen zu 1., 2. und 4. stehen unter dem Vorbehalt des positiven Abschluss des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Detmold.

- bei 6 Nein-Stimmen und einigen Enthaltung
mit Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 6 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3526/2009-2014

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass ihre Fraktion die Position zum Flughafen Paderborn / Lippstadt bei der Erhöhung des Stammkapitals deutlich gemacht habe. Ihre Fraktion habe zur Kenntnis genommen, dass es eine mehrheitliche Entscheidung für die Beteiligung der Stadt Bielefeld an dem Flughafen gebe und werde sich bei der Abstimmung der Vorlage enthalten.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stimmt unter dem Vorbehalt eines positiven Abschluss des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Detmold der als Anlage 2 zur Vorlage beigefügten neuen Fassung des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH zu.
2. Die vom Rat der Stadt Bielefeld bestellten Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH der als Anlage 2 zur Vorlage beigefügten neuen Fassung des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH zu zustimmen.

- bei 2 Nein-Stimmen und einigen Enthaltung
mit Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 12 **Beratende Mitgliedschaft des Jugendamtselternbeirates im Jugendhilfeausschuss**
Änderung der Satzung für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3521/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beruft den Vorsitzenden des Jugendamtselternbeirates als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss und beschließt die dadurch erforderliche Änderung der Satzung für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- entsprechend der Anlage 3 der Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 13 **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 9 "Grabenkamp" für eine Teilfläche des Gebietes südöstlich der Straße "Grabenkamp" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a**
B a u G B
- Stadtbezirk Brackwede
Beschluss über Anregungen / Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummer: 3439/2009-2014 und
3439/2009-2014/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden gemäß Vorlage Anlage A 1 zur Kenntnis genommen.
2. Den Stellungnahmen der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 1)
der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 2)
der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 3)
der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 4)
wird gemäß Vorlage Anlage A 2 nicht stattgegeben.
2. Bei der Begründung des Satzungsbeschlusses ist unter Ziffer 9.4 auf der Seite D 8 im zweiten Satz hinter „mit der Stadtwerke

Bielefeld GmbH“ folgender Zusatz einzufügen „und anderen Anbietern“.

3. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 9 „Grabenkamp“ wird mit Text und Begründung als Satzung nach § 10 (1) BauGB beschlossen.
4. Der Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 9 „Grabenkamp“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
5. Die Information der Verwaltung zur Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung gemäß § 13a BauGB (Berichtigung 3/2011 „Wohnbaufläche Grabenkamp“) wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 14

Satzung über die nochmalige Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet Detmolder Straße, Mozartstraße, Promenade und Spiegelstraße (Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. III/4/55.00 "Wohngebiet Lessingstraße") - Stadtbezirk Mitte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3573/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die nochmalige Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet Detmolder Straße, Mozartstraße, Promenade und Spiegelstraße (Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. III/4/55.00 „Wohngebiet Lessingstraße“) wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes im Maßstab 1: 1500 vorgenommener Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 15

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 47 "Sonstiges Sondergebiet / Gewerbegebiet Siekermanns-Hof" für den südlichen Teilbereich (Sonstiges Sondergebiet Möbel- / E i n r i c h t u n g s h a u s)
- Stadtbezirk Brackwede

Beschluss über Stellungnahmen / Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3603/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Den Anregungen der moBiel GmbH wird stattgegeben.
2. Der Anregung der Stadt Herford wird nicht stattgegeben.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den textlichen Festsetzungen, zur Begründung und zum Umweltbericht der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/ B47 werden beschlossen.
4. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/ B47 „Sonstiges Sondergebiet / Gewerbegebiet Siekermanns-Hof“ für den südlichen Teilbereich wird gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Text und der Begründung einschließlich Umweltbericht als Satzung beschlossen.
5. Der Beschluss der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I / B 47 ist gem. § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Die Unterlagen sind zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 16

Teilnahme der Stadt Bielefeld am bundesweiten Städtewettbewerb "Stadtradeln" des Klima-Bündnisses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3586/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Anmeldung der Stadt Bielefeld am bundesweiten Wettbewerb „Stadtradeln“ für das Jahr 2012 und

beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Aktion. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt eine rege Teilnahme der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger und wünscht gleichermaßen eine Beteiligung der gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17 **Einrichtung einer temporären Arbeitsgruppe für den Verkaufsprozess Ankergebäude**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3717/2009-2014/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt ist mit der Einrichtung einer temporären Arbeitsgruppe für den Verkaufsprozess Ankergebäude und deren Besetzung entsprechend der Erläuterung in der Begründung einverstanden.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 18 **Nebentätigkeiten des Oberbürgermeisters 2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3702/2009-2014

Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt die Aufstellung des Oberbürgermeisters nach § 71 Landesbeamtengesetz (LBG) für das Jahr 2011 zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 19 **Ersatzwahl für den Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3632/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Mit Wirkung zum 01.06.2012 wird als nachfolgendes

stellvertretendes Mitglied lt. Vorschlag der Personalversammlung für die Wahl der Dienstkräfte in den Verwaltungsrat der Sparkasse Bielefeld Herr Thomas Dobberstein als Nachfolger für Heidrun Hachmeister gewählt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 20

Benennung von Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages am 13.06.2012 in Mönchengladbach

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3662/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld entsendet folgende Personen zur Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen am 13.06.2012 in Mönchengladbach

a) Stimmberechtigte

- | | |
|--|-----------------------|
| 1. Ratsmitglied
Klaus-Dieter Hoffmann | CDU |
| 2. Ratsmitglied
Detlef Werner | CDU |
| 3. Ratsmitglied
Brigitte Biermann | SPD |
| 4. Ratsmitglied
Holm Sternbacher | SPD |
| 5. Ratsmitglied
Elisabeth Rathsmann-Kronshage | Bündnis 90/Die Grünen |
| 6. Ratsmitglied
Dr. Dirk Schmitz | Die Linke |
| 7. Ratsmitglied
Harald Buschmann | FDP |

b. Gäste

- | | |
|------------------------------------|-----|
| 1. Ratsmitglied
Hans Hamann | SPD |
| 2. Ratsmitglied
Gerd-Peter Grün | BfB |
| 3. Dr. Björn Kerbein | FDP |

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 21 Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)
(Antrag der Gruppe Bürgernähe vom 22.02.2012)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3737/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Kulturausschuss

**Beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW
i. V. m. § 10 Abs. 3 HS**

Bisher : -

Neu : Ratsmitglied Barbara Geilhaar

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Clausen
Oberbürgermeister

Stude
Schriftführerin